Ost/Mag
Wissenschaftliche Beiträge des Ostinstituts Wismar
Ostinstitut/Wismar

Der hybride Krieg zwischen der EU und Belarus

Autor: Alessandro Tripolone * **Stand: November 2021**

Inhaltsverzeichnis:

I. Einführung
II. Die Sanktionen der EU
III. Die möglichen wirtschaftlichen Folgen der westlichen Maßnahmen
IV. Die Reaktion Lukaschenkos auf die EU
V. Die Migrantenkrise
VI. Schlussbetrachtungen

I. Einführung

Seit den letzten Präsidentschaftswahlen in Belarus, die nicht von der Europäischen Union legitimiert wurden und die folgerichtig zu der nicht Anerkennung des aktuellen Führers Belarus, Lukaschenko, durchgeführt haben, hat sich die politische Beziehung Brüssel-Minsk – noch besser, zwischen dem kollektiven Westen und Belarus – abgebrochen, mit dem konsequenten Einfrieren ihrer politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Die europäischen Länder haben insbesondere die Antwort des belarussischen Regimes, Gewalt gegen die friedlichen Demonstranten nach den Wahlen anzuwenden, um die Proteste aufzulösen, stark kritisiert und Lukaschenko dafür beschuldigt. Die ehemalige Kandidatin Tichanowskaja, die im Ausland flüchten musste; die Säuberung aller westlichen NGOs und Medien im Land; die Festnahme der politischen Dissidenten; die Destabilisierung der europäischen Grenzen durch die Migranten; die Diskreditierung der Journalisten und die Repression gegen diejenigen die sich öffentlich für die

---

Zitierweise: Tripolone, A., Der hybride Krieg zwischen der EU und Belarus, O/L-1-2021, https://www.ostinstitut.de/files/de/2021/Tripolone_Der_hybride_Krieg_zwischen_der_EU_und_Belarus_OL_2_2021.pdf.

* Dr. Alessandro Tripolone hat sich an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Rostock promoviert. Er kooperiert mit der Akademie für Öffentliche Verwaltung des belarussischen Präsidenten in Minsk.

Opposition aufgestellt haben, wurden nicht mehr von der EU toleriert, die durch Sanktionen gegen das Lukaschenkos Kabinett geantwortet hat. Durch diese Maßnahmen will Brüssel den belarussischen Leader zwingen: a) ein Dialog mit der Opposition einzuleiten; b) neue Wahlen anzuberaumen; c) alle politische Gefangenen aus der Haft zu entlassen; d) die Menschenrechte im Land zu respektieren; und e) eine reale demokratische Transformation im Land zu beginnen. Obwohl die EU schon im letzten Jahr durch diese Anforderungen eine pazifische Lösung der politischen Krise Belarus erreichen wollte, hat dagegen Minsk diese Forderungen als ein Diktat des Westens interpretiert und, dank der Unterstützung des russischen Präsidenten, darauf stark beantwortet: 1) Belarus wird kein Transitland mehr für die westlichen Waren in Richtung Osten sein; 2) alle westlichen Journalisten, die das Regime kritisierten, wurden im Land diskreditiert; 3) die Veröffentlichung politischer Umfragen von nichtstaatlichen Medien wurde verboten; 4) Inhibition der Anwendung der Oppositionssymbolen (wie die weiß-rote Flagge); 5) Festnahme aller Menschen die seit dem Putschversuch vom August 2020 an unautorisierten Manifestationen teilgenommen haben und 6) Druck auf die westlichen Nachbarländern durch illegale Migrantenströme.

Als vorhersehbar hat dieses Verfahren der belarussischen Regierung die Repression im Land verstärkt mit aktuell mehr als 600 politischen Gefangenen die in Haft setzen. Praktisch gibt es heutzutage keine Opposition mehr im Land und der Staat übt eine totale Kontrolle auf die Gesellschaft und auf die Sozialmedien aus. Dementsprechend, da sowohl die EU als auch Belarus in dieser Konfrontation nicht nachgeben wollen, haben sich die offiziellen Kontakte zwischen Brüssel und Minsk aktuell annulliert und dieser Konflikt ist in einem hybriden Krieg eskaliert, mit Spannungen an der polnischen-belarussischen Grenzen.

Aus einer Seite beschuldigt die EU die belarussische Regierung wegen der Verletzung der Menschrechte und der demokratischen Normen im Land und der Destabilisierung der europäischen Ländern durch die Flüchtlingen; aus einer anderen Seite macht Minsk die westlichen Ländern verantwortlich für die Instabilität im Land – explizit für die Organisation der Proteste durch finanziellen Hilfe an die Opposition – mit der ausdrücklichen Anfrage an Brüssel, sich nicht in der Innerangelegenheiten von Belarus einzumischen.

Dieser Aufsatz will die Positionen der EU und Belarus analysieren, um zu verstehen was bisher die westlichen Maßnahmen geschaffen haben und wie die belarussische Regierung dagegen reagiert hat. Schließlich will diese Analyse die Frage beantworten ob faktisch die westlichen Sanktionen die richtige Strategie sind, aus der belarussischen Krise herauszukommen; oder ob jetzt für den demokratischen Westen Zeit ist, einen offiziellen Dialog mit dem belarussischen Präsidenten einzuleiten, um die schwierige politische Lage in der ehemaligen sowjetischen Republik wieder zu stabilisieren.

II. Die Sanktionen der EU

Eine Woche nach den belarussischen Präsidentschaftswahlen, am 14. August 2020, trafen sich die EU-Außenminister, um sich für das erste Mal nach den Wahlen und den Protesten mit der diffizilen Situation im Land zu befassen. Nach diesem Treffen und seit mehr als ein Jahr sind die europäischen Anfragen an die belarussischen Behörden unverändert geblieben: 1) die unverhältnismäßige und unannehmbare Gewalt gegen die friedlichen Demonstranten einzustellen; 2) alle inhaftierten Personen wegen der Protesten freizulassen; und 3) eine umfassende und transparente Untersuchung aller mutmaßlichen Missbräuche durchzuführen. Da sich die Position des aktuellen Führers Belarus nach dem Sommer 2020, trotz der Anforderung der europäischen Behörden, einen Dialog mit der Opposition zu beginnen, allerdings nicht änderte, musste der europäische Rat in den nächsten Monaten nach den Wahlen, genauso am 2. Oktober 2020, am 16. November 2020 und am 17. Dezember 2020, drei Paketsanktionen gegen das Lukaschenkos Kabinett einführen. Dabei wurden restriktive Maßnahmen (Reisverbot und Einfrieren von Vermögenswerten) gegen die belarussische Behörden, unter anderem Lukaschenko, seinem Sohn Viktor, der Chefin der Wahlkommission Belarus, Lydia Yarmoshyna, und dem KGB-Vorsitzende, Ivan Tertel, die in die Unterdrückung und Gewalt von Journalisten, Demonstranten und Oppositionsmitglieder verwickelt waren, eingeleitet[1].

Nach einem Jahr haben aber diese Maßnahmen keine Wirkung gehabt, die Situation im Land zu verbessern; sondern hat die Lage sich noch mehr verschlechtert mit dem Regime, das durch eine stärkere Repression gegen seine Feinde reagiert hat. Tatsächlich kannte die Eskalation der Konfrontation zwischen Lukaschenko und der Opposition ein Hauptmoment am 24. Mai 2021 als eine Ryanair-Maschine in seinem Flug von Athen nach Vilnius wegen einer Bombendrohung erzwungen wurde, in Minsk zu landen. Am Board waren der Regierungskritiker Roman Protasewitsch, Chefredakteur des Telegram-Kanals „*Nexta*“, der seit November 2020 auf der Terroristen-Liste des belarussischen Geheimdienstes KGB stand, weshalb er die Sommerproteste koordiniert hatte, und seine Freundin Sofia Sapieha, die auch mit dem Telegram-Kanal kooperiert hatte, die festgenommen wurden. Die NATO bewertete die Umleitung des Passagierflugs nach Minsk durch die belarussischen Behörden als *„ernsthaften und gefährlichen Vorfall“*. Gleich sagte auch der deutsche Bundesaußenminister Heiko Maas: *„Dass ein Flug zwischen zwei EU-Staaten unter dem Vorwand einer Bombendrohung zur Zwischenlandung gezwungen wurde, ist ein gravierender Eingriff in den zivilen Luftverkehr in Europa. [...] Ein solcher Akt kann nicht ohne deutliche Konsequenzen von Seiten der Europäischen Union bleiben*[2]“.

[1] Consilium Europa (2021): *„Zeitleiste – restriktive Maßnahmen der EU gegen Belarus“.* In Consilium Europa. https://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions/restrictive-measures-following-the-2020-belarus-presidential-elections/belarus-timeline/ (07.10.2021).
[2] Tagesschau (2021): *„Gravierender Eingriff in zivilen Luftverkehr“. 24.5.2021,* https://www.tagesschau.de/ausland/notlandung-ryanair-oppositioneller-103.html (8.10.2021).

Nach dem Vorfall mit der Notlandung des Ryanair-Flugzeugs und der anschließenden Inhaftierung der zwei Aktivisten Protasevich und Sapieha, sowie wegen der nicht angehalten Menschenrechtsverletzungen und Repressionen gegen die politischen Aktivisten und Journalisten der Opposition wurde am 21. Juni 2021 das vierte europäische Sanktionspaket verhängt. Detailliert wurden Wirtschaftssektorenmaßnahmen eingeführt: a) Sanktionen gegen staatliche Unternehmen wie MAZ, BelAZ, Belaeronavigatsiya, Bremino Group, Globalcustom, Novaya Naftaya Kompaniya, Logex und Sohra; b) Verbot des Exports von europäischen Gütern mit doppeltem Verwendungszweck für militärische Zwecke nach Belarus; c) keine Importe mehr in die EU Staaten von Tabakwaren, Erdölprodukte und Kalidüngemittel aus Belarus; und d) keine Finanzierung mehr der europäischen Projekten in Belarus durch die europäische Investitionsbank[3]. Darüber hinaus haben sich die europäischen Länder seit Juni 2021 geeignet: 1) den belarussischen Luftraum zu meiden (als erstes hat Air Baltic beschlossen, den Luftraum über Belarus zu meiden, es folgte Wizz Air aus Ungarn[4]) und 2) an allen Luftfahrzeugen der belarussischen Fluggesellschaft Belavia, die Erlaubnis zu verweigern, in ihrem Hoheitsgebiet zu landen, aus ihrem Hoheitsgebiet zu starten oder dieses zu überfliegen.

Dessen ungeachtet haben die vier Paketsanktionen bislang die Position der belarussischen Regierung nicht abgeändert, sondern seine Strategie gegen die westlichen Staaten verschärft. Daher, wegen der Reaktion von Minsk durch die Schaffung einer Migrantenkrise, die seit dem letzten Sommer Implikationen von regionaler Sicherheit der EU herbeigeführt hat, wurde am 2. September 2021 bekannt, dass die EU mit der Vorbereitung eines fünften Sanktionspakets angefangen hatte. Am 7. Oktober 2021 hat das Europäische Parlament eine neue Resolution zur den belarussischen Lage angenommen. Dadurch wurden die Mitgliedstaaten gefördert, sofort mit der Verabschiedung des fünften Sanktionspakets zu beginnen sowie kompakt gegen die Aktionen des aktuellen belarussischen Regimes zu beantworten (506 Abgeordnete stimmten für die Resolution, 29 waren dagegen, 139 haben sich enthielten[5]). Aufgrund der Migrantenkrisis haben die EU-Außenminister schließlich am 15.11.2021 ein neues Sanktionsinstrument gegen Beteiligte an der Schleusung von Migranten nach Belarus beschlossen[6]. Wenn aber die EU geeignet gegen Lukaschenko reagieren möchte, sind immer nur die baltischen Staaten die nach einer härteren europäischen Politik gegen die belarussische Regierung aber auch gegen die russische Unterstützung von Lukaschenko anstreben, was derzeitig

[3] Vgl. Radyjo Svaboda (2021): *„Eŭraźviaz uvioŭ sektaraĺnyja sankcyi adnosna Bielarusi“.* 06.07.2021 https://www.svaboda.org/a/31344019.html (8.10.2021).
[4] Der Tagesspiegel (2021): *„Lukaschenko fordert die EU heraus – wie viel lässt die sich bieten?“* 24.05.2021 https://www.tagesspiegel.de/politik/erzwungene-notlandung-in-minsk-lukaschenko-fordert-die-eu-heraus-wie-viel-laesst-die-sich-bieten/27218380.html (9.10.2021).
[5] Vgl. Radyjo Svaboda (2021): *„Eŭraparliament zaklikaŭ «nieadkladna pryniać» piaty pakiet sankcyjaŭ i pieradać bielaruskuju spravu ŭ Mižnarodny sud*.“ 7.10.2021 https://www.svaboda.org/a/31497899.html (9.10.2021).
[6] Tagesschau (2021): *„EU weitet Sanktionen gegen Belarus aus“.* 15.11.2021 https://www.tagesschau.de/ausland/europa/belarus-polen-121.html (16.11.2021).

Schwierigkeiten innerhalb den EU-Mechanismen noch macht, eine schnelle Lösung zu der belarussischen politischen Krise zu finden.

III. Die möglichen wirtschaftlichen Folgen der westlichen Maßnahmen

Die Strategie der EU durch die wirtschaftlichen Sanktionen wurde gedacht, das Kabinett Lukaschenkos zu destabilisieren. Dem offiziellen belarussischen Regime ist genauso bewusst, dass diese Maßnahmen in der Zukunft negative Schocks auf der Innerwirtschaft Belarus verursachen würden. Eine komplizierte Situation, die der stellvertretende Vorsitzende der belarussischen Nationalbank, Dmitry Kalechits, im Juli 2021 nach einer Analyse der Wirtschaftslage Belarus so kommentierte: *„Die Herausforderungen, in denen der Finanzsektor tätig ist, haben und werden sich noch deutlich erhöhen*[7]*“*. In der Analyse von Kalechits beziehen sich die wichtigsten Anstrengungen auf das Kreditrisiko und das Liquiditätsrisiko. Nach einem Jahr der Beendung des offiziellen Dialogs zwischen Minsk und Brüssel, mit einer konsequenten Verminderung der wirtschaftlichen Beziehungen, wirkten sich die Schocks negativ erst auf die Lage der Unternehmen des Realsektors aus und schränkten ihre Fähigkeit ein, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Desto nicht weniger war eine wesentliche Herausforderung davon die Verletzung des Sparprozesses, welches mit einer erhöhten Nachfrage nach Devisen einherging und die Rubelliquidität der Banken unter Druck setzte. Als der stellvertretende Vorsitzende der belarussischen Nationalbank beleuchtete, werden die Maßnahmen des Westens zukünftig einige Auswirkungen auf den Finanzsektor haben. Es ist zu erwarten, dass langfristig das Volumen der belarussischen Exporte und damit auch das Volumen der Deviseneinnahmen zurückgehen werden. Angesichts der hohen Importintensität der belarussischen Wirtschaft werden auch die Importe zurückgehen. Zum Teil werden die Möglichkeiten zur Einwerbung ausländischer Fördermittel abnehmen. Dies kann sich am stärksten auf den Bereich der Auslandsverschuldung auswirken, wo ausreichend hohe Schulden refinanziert werden müssen[8], wie zum Beispiel durch die Finanzierunganfrage an asiatischen Finanzinstituten.

Auch der Vorsitzende der Ständigen Kommission für internationale Angelegenheiten des belarussischen Parlaments, Andrei Savinykh, betonte, dass, obschon Belarus bereit ist, die Effekte der Sanktionen zu reduzieren, werden sie sich trotzdem negativ auf die reale Ökonomie auswirken: *„Sanktionen haben natürlich negative Auswirkungen. Diesen negativen Effekt können wir weitgehend reduzieren, aber vergessen wir nicht, dass diese Sanktionen zu einer Verlangsamung der Entwicklung*

[7] Vgl. Radyjo Svaboda (2021): *„Nacbank Bielarusi sprahnazavaŭ ryzyki dlia ekanomiki ad zachodnich sankcyj.“* 05.07.2021 https://www.svaboda.org/a/31341734.html (12.10.2021).
[8] Vgl. Radyjo Svaboda (2021): *„Nacbank Bielarusi sprahnazavaŭ ryzyki dlia ekanomiki ad zachodnich sankcyj.“* 05.07.2021 https://www.svaboda.org/a/31341734.html (12.10.2021).

führen. Das heißt, wir würden viel schneller vorankommen. Sie verlangsamen unsere Aussichten, unser zukünftiges Einkommen[9]*"*.

In Anbetracht dieser Tatsachen wird sich die finanzielle Situation Belarus ohne einen Kompromiss mit dem Westen sehr negativ entwickeln. Die ersten negativen Folgen sind aber schon erkennbar: im Oktober 2021, als der stellvertretende Premierminister, Yuri Nazarov, betonte, belaufen sich die Verluste der Ölraffinerien in Mozyr und Navapolatsk auf mehrere 10 Mio. USD.

Dennoch, laut Nazarov, wurde schon im Voraus eine Strategie gegen die westlichen Sanktionen vorbereitet. Spezifisch wurden gezielte Maßnahmen in den Bereichen Industrie, Petrochemie, Transport und Banken genehmigt. Daher stiegen 2021 die Exporte der Autofabriken MAZ und BelAZ im Vergleich zum Vorjahr trotz der Sanktionen um fast 250 Mio. USD, Petrochemikalien um 700 Millionen und Kalidünger um 100 Millionen. Der stellvertretende Premierminister bleibt optimistisch und es glaubt, dass die Landindustrieproduktion 2021 um 5,3% wachsen wird (2020 ging die Industrieproduktion in Belarus um 0,7% zurück[10]).

Jedoch ist dem System Lukaschenkos klar, dass im Laufe der Zeit die Sanktionen schwierige Effekte für die belarussische Ökonomie produzieren werden. Deshalb bleibt das Hauptziel des belarussischen Präsidenten, die Nationalwirtschaft zu retten, so dass sein Kabinett noch lang auch im Fall anderen Sanktionen, Protesten und Streiken überleben kann. Bisher, wenn noch in einem heftigen politischen Klima, ist an Lukaschenko gelungen, die ökonomische Situation im Land, auch dank der russischen Kredite, stabil zu halten. Der Plan Lukaschenkos ist aber aus der ökonomischen Krise herauszukommen, durch die Ausdehnung des belarussischen Markts in Richtung Eurasien, in der Absicht die westliche ökonomische Blockade umzugehen. Die Strategie ist deswegen versuchen die Exporte intensiver zu fördern. Hierzu, als von der Nationalbank Belarus berichtet wurde, hat Belarus von Januar bis August 2021 den Export von Waren und Dienstleistungen um 32,2% im Vergleich zum gleichen Zeitraum 2020 auf 30,4 Milliarden USD gesteigert. Präzis belief sich der Außenhandelsumsatz mit Waren und Dienstleistungen für die ersten achten Monate 2021 auf 58,482 Mrd. USD (das sind 30,6% mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres 2020). Der positive Saldo des Außenhandels mit Waren und Dienstleistungen lag bei 2,328 Mrd. USD (im Januar - August 2020 war der Saldo 1,231 Mrd. USD[11]). Insgesamt wuchs das belarussische BIP im Januar-Oktober 2021 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 2,4%. Im Oktober 2021 erhöhten sich auch die Gold- und Devisenreserven um 89,8 Mio. USD

[9] Belta (2021): „Savinykh: sanktsii imeyut negativnoye vozdeystviye, na Belarusi vo mnogom udayetsya snizhat' etot effekt." 30.10.2021 https://www.belta.by/society/view/savinyh-sanktsii-imejut-negativnoe-vozdejstvie-no-belarusi-vo-mnogom-udaetsja-snizhat-etot-effekt-467156-2021/ (3.11.2021).
[10] Radyjo Svaboda (2021): *„Ad zachodnich sankcyj bielaruskija NPZ stracili zvyš 80 miĺjonaŭ daliaraŭ."* 28.10.2021 https://www.svaboda.org/a/31533371.html (3.10.2021).
[11] Belta (2021): *„Belarus' v yanvare-avguste uvelichila eksport tovarov i uslug do $30,4 mlrd."* 11.10.2021 https://www.belta.by/economics/view/belarus-v-janvare-avguste-uvelichila-eksport-tovarov-i-uslug-do-304-mlrd-463885-2021/ (15.10.2021).

(1,1%). Laut der belarussischen Nationalbank beliefen sich die internationalen Währungsreserven Belarus aktuell auf 8.549,7 Mio. USD. Nach den Hauptrichtungen der Geldpolitik für 2021 soll das Volumen der internationalen Währungsreserven zum 1. Januar 2022 mindestens 6 Mrd. USD betragen[12]. Der *Fitch Ratings Review* stellte auch fest, dass die belarussische Wirtschaftsleistung von 2021 bisher die Erwartungen übertroffen hat. Dazu beigetragen haben unter anderem gute externe Rahmenbedingungen für Schlüsselsektoren der belarussischen Wirtschaft mit hohen Preisen für petrochemische Produkte und Düngemittel. Zu diesem Wachstum trage auch die IT-Branche bei. Daher prognostiziert Fitch bis Ende des Jahres ein Wirtschaftswachstum von 2,1%.[13]

Allgemein kann der belarussische Markt, dank der multivektoriellen Auslandpolitik Lukaschenkos, durch die Einnahme der belarussischen Exporte in den afrikanischen, südamerikanischen und asiatischen Märkte ausgeglichen werden – jedoch niedriger im Vergleich zu der EU, die bis 2020 der zweite wichtigste ökonomische Partner Belarus nach Russland war. In diesem Szenarium wurden auch ab dem 1. September 2021 durch den Beschluss des Ministerrats Nr. 495 vom 30. August 2021 die Ausfuhrzölle auf Öl und Ölprodukte gesunken (z.B. 64,6 USD pro Tonne für Rohöl und Heizöl – vorher waren 67,8 USD)[14], um einfacher in anderen Märkte die belarussischen Ölprodukte zu exportieren.

Die Sanktionen können aber nicht nur negativ für Belarus sein, sondern auch Schwierigkeiten für seine westlichen Nachbarn schaffen, da sie geographisch immer im Handel verbunden sind. Zum Beispiel wird Litauen, wegen der Einstellung des Handels mit Belarus, die schwierigsten Konsequenzen erleiden. Dafür schätzt die litauische Eisenbahn ihre jährlichen Verluste aus sektoralen Wirtschaftssanktionen gegen die belarussischen Behörden auf 24 Mio. EUR[15]. Gleich Polen, ganz aktiv in der Unterstützung der belarussischen Opposition, wird, als von Janusz Januszewski, Chef der Polnischen Flugsicherungsbehörde, mitgeteilt wurde, negative Folgen wegen der Blockade des belarussischen Luftraums haben: *„die Einkommensverluste der Polnischen Flugsicherungsbehörde aufgrund des Flugverbots über Belarus können 3-5% betragen[16]“.*

---

[12] Belta (2021): *„Zolotovalyutnyye rezervy Belarusi za oktyabr' uvelichilis' na 1,1% do $8,5 mlrd.“ 05*.11.2021 https://www.belta.by/economics/view/zolotovaljutnye-rezervy-belarusi-za-oktjabr-uvelichilis-na-11-do-85-mlrd-468029-2021/ (9.11.2021).

[13] Fitch Ratings (2021): *“Fitch Affirms Belarus at 'B'; Outlook Negative”.* 5.11.2021 https://www.fitchratings.com/research/sovereigns/fitch-affirms-belarus-at-b-outlook-negative-05-11-2021 (11.09.2021).

[14] Belta (2021): *„Belarus's 1 sentyabrya snizhayet eksportnyye poshliny na neft' i nefteprodukty“.* 31.08.2021 https://www.belta.by/economics/view/belarus-s-1-sentjabrja-snizhaet-eksportnye-poshliny-na-neft-i-nefteprodukty-457751-2021 (14.10.2021).

[15] Vgl. Radyjo Svaboda (2021): *„Litoŭskaja čyhunka acanila svaje straty ad sektaraĺnych sankcyjaŭ suprać bielaruskich uladaŭ na 24 mln eŭra štohod.“* 26.06.2021 https://www.svaboda.org/a/31327744.html (15.10.2021).

[16] Belta (2021): *„Pol'skoye agentstvo aeronavigatsionnykh uslug zayavilo o padenii dokhodov posle zapreta poletov nad Belarus'yu“*. 05.07.2021 https://www.belta.by/world/view/polskoe-agentstvo-aeronavigatsionnyh-uslug-zajavilo-o-padenii-dohodov-posle-zapreta-poletov-nad-449015-2021/ (15.10.2021).

Infolgedessen, wenn auch die europäischen Länder, wie Litauen, Polen oder Lettland, die belarussische Regierung noch stark kritisieren, haben die westlichen Nachbaren Belarus nur kaum ihre ökonomischen Tätigkeiten mit den belarussischen Unternehmen eingestellt, weil sie Verluste in ihren nationalen Wirtschaften vermeiden wollen. Beispielweise exportierte Belarus von Januar bis Juni 2021 Waren: in den Niederlanden für mehr als eine Milliarde Dollar; nach Polen für 936 Millionen USD; nach Litauen 657 Mio. USD; und nach Lettland 255 Mio. USD. Gleich kaufte Belarus von Januar bis Juni Waren aus der EU: 570 Mio. USD in Polen; 177 Mio. USD in Frankreich; und 155 Mio. USD in den Niederlanden. Belarus hat auch Dienstleistungen für 81 Mio. USD in Deutschland erworben[17]. Diese Daten bestätigen aber die reale Doppelmoralpolitik der EU, dass die ökonomischen Interessen mehr Priorität im Vergleich zu den demokratischen Normen und Menschenrechte annehmen.

Es muss auch hervorgehoben werden, dass Wiedersprüche gegen die gleichen Sanktionen vorkommen können. Zum Beispiel könnte Belarus noch mit zwei Staatsanleihen von 1,25 Mrd. USD erlösen. Abgewickelt wurde die Ausgabe über die westlichen Banken Citigroup (USA), Raiffeisen Bank International (Österreich) und Société Générale (Frankreich). Also, es scheint, dass gerade im Finanzbereich noch einige Lücke geben, obwohl das westliche Ziel ist, nur die Mitglieder des Lukaschenkos Kabinetts zu sanktionieren, ohne nicht die belarussische Bevölkerung zu den Leidtragenden zu machen[18].

Eine markantere Widersprüchlichkeit betrifft aber in diesem Sinn die Unmöglichkeit der belarussischen Fluggesellschaft Belavia, den europäischen Luftraum zu überfliegen. Das wurde von dem Westen gedacht, die Regierung Lukaschenkos finanziell noch mehr zu sanktionieren. Doch, wer am meisten wegen dieser Blockade bestrafen wurde, sind die Belarussen, die derzeit keine direkte Gelegenheit mehr haben, von Minsk nach den europäischen Ländern zu fliegen.

Bei näherer Betrachtung muss auch berichtet werden, dass, obwohl die EU und Tichanowskaja durch die Sanktionen versuchen, auf das Regime Druck auszuüben, ihnen bekannt ist, dass, trotz der Schaden, die sie auf der belarussischen Ökonomie schaffen könnten, werden diese Maßnahmen keinen großen Druck auf Lukaschenko haben, da der belarussische Präsident von dem russischen Führer geschützt ist: seit dem Beginn der politischen Krise hat Russland gegen 2 Mrd. USD Kredite an Belarus refinanziert, um die Position Lukaschenko stabil im Land zu behalten. Der russische Präsident unterstützt die belarussische Gegenpartei, da er nicht den Bruderpartner Belarus, als schon mit der Ukraine geschehen ist, verlieren möchte. Bestimmt ist Putin in dieser *Allianz der Autokraten* bewusst, dass ein Sturz Lukaschenkos in Russland als ein Signal interpretiert werden könnte, dass ein Machtwechsel auch in der Russischen Föderation möglich sei. Deshalb tut er alles, Lukaschenko an der

[17] Radyjo Svaboda (2021): *„Čaho moža kaštavać Bielarusi mihracyjny kryzis“.* 13.09.2021 https://www.svaboda.org/a/31454350.html (24.10.2021).
[18] Der Tagesspiegel (2021): *„Lukaschenko fordert die EU heraus – wie viel lässt die sich bieten?“* 24.5.2021 https://www.tagesspiegel.de/politik/erzwungene-notlandung-in-minsk-lukaschenko-fordert-die-eu-heraus-wie-viel-laesst-die-sich-bieten/27218380.html (9.10.2021).

Macht zu halten[19]. Es sollte der aktuelle belarussische Präsident die Macht verlieren, würde es in der eurasischen Region bedeuten, dass: 1) das russische Machtapparat von Putin auch durch die Protesten und den Sehnsucht der Russen nach mehr Demokratie abgeschafft wird; und 2) die ganze eurasische Region eine Umwandlung beginnen könnte, mit der realistischen Wahrscheinlichkeit, alle vorherigen Allianzen (wie zum Beispiel die aktuelle Eurasische Ökonomische Union) zu demolieren, wobei die anderen geopolitischen Akteuren, wie die USA und die EU durch die NATO, mehr Einfluss auf die Region haben könnten – etwas das Lukaschenko und Putin zusammen vermeiden wollen. Demzufolge haben die beiden Präsidenten während ihrem Treffen am 09. September 2021 entschieden, die Gewerkschaftsprogramme des Unionstaats zu vervollständigen, um die Integration zwischen den beiden Staaten zu beschleunigen. Folglich hat die online-Sitzung des Obersten Staatsrates des Unionsstaates am 4. November 28 gemeinsame Programme für die Verstärkung der bilateralen Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten genehmigt, um dem Westen zu beweisen, dass sich die Allianz Putin-Lukaschenko in dem Kampf gegen den Westen intensiviert hat. Der Unionstaat würde die Bedeutung annehmen, dass Belarus in der Zukunft auch mit einem neuen Präsident immer an Russland verbunden bleiben wird. Für Russland würde diese Integration bedeuten, die NATO fern aus seiner Grenze zu halten, um seine politische und militärische Führerposition in Eurasien noch mehr zu intensivieren.

IV. Die Reaktion Lukaschenkos auf die EU

In Überlegung dieser Fakten bleibt die Frage der realen Bedeutung, die die Sanktionen übernehmen können: ob sie der richtige Mittel sind, gegen die Regierung Lukaschenkos zu kämpfen, um der Zweck des Machtwechsels zu erfüllen; oder ob in Wirklichkeit diese EU-Strategie die Gegenwirkung hat, die politische und ökonomische Zusammenarbeit zwischen Belarus und den westlichen Staaten noch mehr zu beschädigen, mit keiner realen Möglichkeit mehr die Instabilität im Land und an der westlichen Grenzen zu überwinden.

Tatsächlich ist der belarussische Führer nach dem vierten Paket von Sanktionen sofort zum Gegenangriff übergegangen. Exakt wurde von dem Außenministerium Belarus im Juli 2021 eine Erklärung veröffentlicht, wobei erklärt war, dass: 1) der Leiter der EU-Delegation in Belarus, Dirk Schübel, offiziell eingeladen wurde, Belarus zu verlassen und zu Konsultationen nach Brüssel zu reisen, um seiner Führung die Position der belarussischen Seite zu der Unannehmbarkeit von Druck und Sanktionen zu vermitteln; 2) es wurde die Einreise nach Belarus an Vertretern europäischer Strukturen und Personen aus den Ländern der Europäischen Union, die an der Einführung restriktiver Maßnahmen

[19] Ibid.

mitgewirkt haben, verwehrt; und 3) Belarus hat offiziell seine Teilnahme an der EU-Initiative der Östlichen Partnerschaft ausgesetzt[20].

Überdies haben die diplomatischen Spannungen mit Litauen, Polen, Lettland und Frankreich zu dem Ausschluss der Botschafter zwischen den beiden Seiten gebracht.

Es kommt aber hier die Frage wie wichtig für Lukaschenko ist, gute Kontakte mit der EU in dieser stürmischen Lage zu behalten, wenn hinter seinem Rücken (und Entscheidungen) die russische Föderation steht.

Ein Beweis davon kam direkt von Lukaschenko, der in einem Interview mit CNN am Ende September auf die Wichtigkeit der EU für Belarus antwortete: *„Wir haben ohne die Europäische Union gelebt und werden viele Jahre ohne sie leben. [...] Wir haben Russland und wir haben China – unsere Freunde. Wir werden dort etwas anderes verkaufen. Wir werden in der Türkei, in Iran, in Pakistan, in Indien verkaufen. Wir haben normale Beziehungen zu ihnen. Wir können ohne die EU und USA auskommen"*[21]. Als von Lukaschenko betont, kann Belarus ja seine Außenpolitik umwandeln. In der Tat gibt es Länder wie China, Indien, Pakistan, Vietnam, die Türkei, mit denen Belarus gute Beziehungen unterhält, sowie mit einer Reihe von Staaten in Afrika, Lateinamerika und dem Nahen Osten, die an Belarus ermöglichen werden, ihre Produkte dorthin zu exportieren. Die Zusammenarbeit mit diesen Ländern bietet für Belarus ein enormes Potenzial an und kann im Laufe der Zeit, wenn sich die Beziehung mit der EU nicht verbessern sollte, das neue Investitionszentrum für die belarussische Ökonomie werden[22].

Obwohl der asiatische, afrikanische oder südamerikanische Markt nicht so reich als der europäische Raum ist, will der aktuelle belarussische Präsident seine wirtschaftlichen Kontakte mit allen Ländern die mit Belarus kooperieren möchten, stark halten. Das wird ihm auch erlauben, seine Position im Land zu konsolidieren, geopolitische Freundschaften zu halten und seine Angriffsstrategie gegen die Opposition und die EU-Ländern fortzusetzen. Bezüglich auf diesen letzten Punkt will Lukaschenko seine harte Politik gegen die politischen Dissidenten nicht aufhalten. Dafür wäre eine Mediation mit den westlichen Ländern machbar, nur wenn er von der EU als der legitime Führer Belarus anerkannt wird. Aber die EU hat seine Entscheidung getroffen und aktuell nur ein internationaler Dialog (Russland, die

[20] Belta (2021): *„MID ob"yavil ob otvetnykh merakh Belarusi na sanktsii ES"*. 28.6.2021 https://www.belta.by/politics/view/mid-objjavil-ob-otvetnyh-merah-belarusi-na-sanktsii-es-448037-2021/ (19.10.2021).
[21] Cf. Belta (2021): *„Lukashenko: my zhili bez Yevrosoyuza i yeshche mnogo let prozhivem."* 02.10.2021 https://www.belta.by/president/view/lukashenko-my-zhili-bez-evrosojuza-i-esche-mnogo-let-prozhivem-462563-2021/ (20.10.2021).
[22] Cf. Belta (2021): *„Lukashenko: vneshnepoliticheskaya strategiya Belarusi nuzhdayetsya v korrektirovke."* 20.07.2021 https://www.belta.by/president/view/lukashenko-vneshnepoliticheskaja-strategija-belarusi-nuzhdaetsja-v-korrektirovke-451223-2021/ (19.10.2021).

EU, Lukaschenko und die Opposition) könnte die belarussische Krise, wenn aber noch schwer, zumindest versuchen zu lösen.

In diesem kritischen Stand bleibt das Ziel des Lukaschenkos Kabinetts, den politischen und wirtschaftlichen Kollaps zu vermeiden, der die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit neuen Protesten erzeugen könnte – alias der Zweck der Opposition. Die Taktik ist daher, die Auswirkung der Sanktionen auf die Bevölkerung zu minimisieren. Dafür sind beispielweise seit April 2021 im ganzen Land die Reallöhne gegenüber April 2020 um 7,6% gestiegen (unter den Regionen ist Minsk führend: das Durchschnittsgehalt der Einwohner der Hauptstadt ist aktuell 2003,4 belarussische Rubeln).[23] Am 20. August 2021 unterzeichnete der belarussische Präsident das Dekret Nr. 317 über die Rentenerhöhung. Dadurch sind ab letztem September die Renten um durchschnittlich 7% gestiegen[24]. Auch durch die Veröffentlichung von Umfrage versucht die belarussische Regierung die Nation gegen die Opposition und die westlichen Sanktionen zu vereinen. Zum Beispiel führte das *EsooM Analytical Center* von 5. bis 21. Juli eine Meinungsumfrage über die Proteste und die Sanktionen durch. An der Umfrage nahmen 1890 Personen teil. Die Ergebnisse haben gezeigt, dass 25,2% der Befragten glauben, dass die Sanktionen darauf abzielen, das Leben in Belarus zu verschlechtern. 17,6% sind sich sicher, dass dies eine Entwicklung eines Druckszenarios auf Russland ist. 15% glauben, dass die Sanktionen darauf abzielen, Belarus abhängig zu machen. 59,9% der Befragten sehen die Sanktionen gegen Belarus negativ, 16,9% sind eher negativ und 3,8% sind neutral. Nur ca. 2% der Belarussen unterstützen die Verhängung von Sanktionen. Überall wird die Strategie der EU von der belarussischen Bevölkerung als negativ betrachtet. Gleich geht für die Proteste im Land. Mehr als 60% der Befragten sind sich einig, dass sich die Proteste negativ auf die Lebensqualität der Bevölkerung ausgewirkt haben. 13% bemerkten keine Veränderungen. 22,2% fand es schwierig zu antworten[25].

Die Verurteilung der Proteste und der Sanktionen von den Belarussen möchte eine Nachricht nicht nur an die EU, sondern an die Opposition in Litauen und Polen sein, dass die Mehrheit der Bevölkerung noch die aktuelle Regierung unterstützt.

Belarus versucht auch mit der Hilfe Russlands die nationale Krise auf die regionale Ebene der Eurasischen Ökonomischen Union, besonders wegen der Sanktionen, mitzubringen. Dafür, während der Videositzung des Obersten Eurasischen Wirtschaftsrates am 14. Oktober 2021, wurde entschieden,

---

[23] Belta (2021*): „Srednyaya zarplata v Belarusi v aprele sostavila Br1398,2."* 24.05.2021 https://www.belta.by/society/view/srednjaja-zarplata-v-belarusi-v-aprele-sostavila-br13982-442722-2021/ (12.10.2021).

[24] Belta (2021): *„Povyshayutsya pensii, vvodyatsya ID-karty i biometricheskiye pasporta: chto yeshche izmenitsya v sentyabre."* 29.08.2021 https://www.belta.by/society/view/povyshajutsja-pensii-vvodjatsja-id-karty-i-biometricheskie-pasporta-chto-esche-izmenitsja-v-sentjabre-457029-2021/ (12.10.2021).

[25] Musiyenko Sergey (2021): *„Otnosheniye belorusov k protestam i sanktsiyam - Musiyenko prokommentiroval itogi masshtabnogo sotsoprosa"*. In Belta, 03.08.2021 https://www.belta.by/comments/view/otnoshenie-belorusov-k-protestam-i-sanktsijam-musienko-prokommentiroval-itogi-masshtabnogo-sotsoprosa-7872/ (16.10.2021).

als Igor Petrschenko, der stellvertretende Premierminister von Belarus, hervorgehoben hat, dass die Eurasische Union sechs Maßnahmen entwickelt hat, um auf den Sanktionsdruck zu reagieren: *„Wenn ein Antrag von einem der Mitgliedstaaten eingeht, wird dieser analysiert und ein Plan in Antwort vorbereitet. Der Oberste Eurasische Wirtschaftsrat wird über die vorbereiteten Vorschläge informiert, um eine Entscheidung zu treffen: ein Toolkit mit sechs Maßnahmen auf den Markt zu bringen. Das bedeutet Konsultationen, eine Bewertung des Schadens, der einem von Wirtschaftssanktionen betroffenen Land zugefügt wurde, und dementsprechend eine Multiplikator-Wirkung auf die gesamte EAWU, um zu verstehen welche ökonomischen Schwierigkeiten die Maßnahmen für die ganze Union haben können*[26]". D.h., dass wirtschaftliche Sanktionen von einer nationalen zu einer regionalen Dimension übertragen werden – als ein kollektives Problem aller Mitgliederländer der wirtschaftlichen eurasischen Integration. Durch diese Mittel will Belarus, aber auch Russland, an den westlichen Staaten zeigen, dass die eurasischen Staaten (Belarus, Kasachstan, Kirgisistan und Armenien) kompakt sind, gegen die Versuche der EU aber auch der USA, die Situation in den östlichen Ländern zu destabilisieren. Das entspricht genauso den Bedingungen eines neuen kalten Kriegs nicht nur zwischen Belarus und der EU eher zwischen dem Westen und Russland, weil in der Realität der Kreml die Aktionen des belarussischen Regimes in diesem Konflikt mit seinen westlichen europäischen Nachbarländern koordiniert.

V. Die Migrantenkrise

In der gegenwärtigen komplexen Beziehung mit dem Westen versucht das Regime Lukaschenkos an die europäischen Sanktionen durch hybride Waffen zu entgegnen, wie zum Beispiel die Entsendung von illegalen Migranten über Belarus nach den EU Ländern. Aus einer Seite gibt es die Versuche Polen und Litauen durch die Finanzierung der Opposition und der Proteste im Land die belarussischen Behörden gegenüber dem belarussischen Volk und geopolitisch gegenüber der demokratischen Welt zu diskreditieren; aus der anderen Seite ist der Plan Minsk orientiert, politische Instabilität in den Nachbarländer zu kreieren. In diesem modernen kalten Krieg sind die afrikanischen und arabischen Flüchtlinge die beste Waffe für Minsk, um gegen die EU zu bekämpfen.

Theoretisch hält sich Minsk aber nicht schuldig für die aktuelle Flüchtlingskrise. De facto, Polen und Litauen beschuldigen das offizielle belarussische Regime, die Migranten als Vergeltung gegen die westlichen Sanktionen zu nutzen. Lukaschenko hat dennoch die Anschuldigungen zurückgewiesen und internationale Schleusernetzwerke für die Organisation der Reisen der Menschen verantwortlich gemacht. In dieser Kontroverse ist die offizielle Version der belarussischen Regierung, dass sich Minsk in der aktuellen Flüchtlinge-Krise nicht schuldig erkennt, sondern lehnt jede westliche Anklageschrift ab und im Gegenteil macht dieselbe EU verantwortlich für die Migrantenströme, die in das westliche

[26] Cf. Belta (2021): *„V YEAES vyrabotano shest' mer po reagirovaniyu na sanktsii".* In Belta 14.10.2021 https://www.belta.by/politics/view/v-eaes-vyrabotano-shest-mer-po-reagirovaniju-na-sanktsii-464517-2021/ (21.10.2021).

Europa einfallen, weil die EU und die USA durch ihre neokoloniale Politik die afrikanischen und arabischen Ländern zerstört haben, mit dem Resultat, dass die Migranten wegen der Instabilität in ihren Ländern nach einem besser Leben im Europa suchen. Dafür ist Belarus nicht das Ziel der Migranten, sondern nur ein Korridor nach Westeuropa zu flüchten.

Chronologisch, der belarussische Führer erklärte am Ende Mai 2021, dass Belarus, aufgrund der Sanktionen, die illegale Migration in die Europäische Union nicht mehr einschränken wird. Zuallererst gingen große Migrantenströme nach Litauen (im September waren mehr als 4,2 Tausend Menschen aus Asien und Afrika). Dann spürten Lettland und Polen die Spannungen an ihren Grenzen: seit Beginn des Jahres kam es nach Angaben des polnischen Grenzschutzes zu 33.000 Versuchen eines illegalen Grenzübertritts, davon allein 17.000 im Oktober[27]. Im September 2021 sagte die EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen: *„Das Regime in Minsk nutzt Menschenleben als Werkzeug, um seine Ziele zu erreichen. Sie haben diese Leute in Flugzeuge gesteckt und sie buchstäblich an die EU-Grenzen geschoben*". Auch Angela Merkel hat am 21. Oktober beim EU-Gipfel in Brüssel den Zustrom von Migranten in die EU durch Belarus als eine *Hybridaktion* von Minsk bezeichnet[28].

Als Reaktion auf die Versuche des belarussischen Regimes, die EU und ihre Mitgliedstaaten durch die Begünstigung der irregulären Migration für politische Zwecke zu destabilisieren, schlug die europäische Kommission vor, das Rückübernahmeabkommen[29] zwischen der EU und Belarus auszusetzen[30]. Gleichzeitig begannen Litauen und Polen mit dem Bau einer Mauer an der Grenze mit Belarus, um die illegalen Migranten zurückzudrängen. Am 19. September erläuterte der polnische Premierminister Morawiecki, dass: *„in Belarus mehr als 10.000 und vielleicht noch mehr Menschen aus dem Nahen Osten, hauptsächlich aus dem Irak, aber auch aus Syrien, vertrieben wurden, um einen hybriden Angriff durchzuführen*"[31]. Der polnische Premierminister zeigte sich zuversichtlich, dass das Szenario dieser hybriden Aggression gegen die Europäische Union von Minsk nicht eigenständig ist, sondern in enger Zusammenarbeit mit Moskau entwickelt wurde (ein Sprecher des polnischen

[27] Tagesschau (2021): *„Belarusische Soldaten zerstören offenbar Grenzbarriere."* 13.11.2021 https://www.tagesschau.de/ausland/europa/belarus-grenzstreit-101.html 15.11.2021.
[28] Vgl. Radyjo Svaboda (2021): *„Kiraŭnicy Niamieččyny i Eŭrakamisii znoŭ abvinavacili ŭlady Bielarusi ŭ «hibrydnaj atacy» na Eŭraźviaz."* 21.10.2021 https://www.svaboda.org/a/31522834.html (25.10.2021).
[29] Das Rückübernahmeabkommen zwischen der EU und Belarus trat im Juli 2020 in Kraft. Mit dem Rückübernahmeabkommen werden Verfahren für die sichere und geordnete Rückkehr von Personen festgelegt, die sich irregulär in der EU oder in Belarus aufhalten, wobei ihre Rechte nach dem Völkerrecht und insbesondere der Grundsatz der Nichtzurückweisung umfassend einzuhalten sind.
[30] Europäische Kommission (2021): *„Kommission schlägt teilweise Aussetzung des Visaerleichterungsabkommens zwischen der EU und Belarus für Amtsträger des belarussischen Regimes vor*." 29.09.2021 https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_4906 (23.10.2021).
[31] Vgl. Radyjo Svaboda (2021): *„4000 eŭra za pieravozku i studenckaja viza — u Niamieččynie vyśviatliajuć, jak mihranty trapliajuć u ich krainu praź Bielaruś"*. 10.10.2021 https://www.svaboda.org/a/31501903.html (24.10.2021).

Sonderdienstkoordinators, Stanislaw Zharyn, erzählte am 27. September, dass 20% der inhaftierten Migranten Verbindungen zu Russland hätten[32]).

In diesem Streit zwischen Polen und Belarus bleibt die Lage an der Grenze dramatisch: im Oktober gaben mehr als 15.000 Versuche von Migranten, die polnische Grenze zu überschreiten; und es wurden auch gestorbene Migranten an der Grenze Belarus-Polen gefunden (am 20. September 2021 bestätigte die polnische Regierung, dass drei Flüchtlinge nahe der belarussischen Grenze durch Entkräftung und Unterkühlung gestorben waren[33], aber realistisch sind schon noch mehr Migranten an der Grenze gestorben). Folglich hat das polnische Parlament den Ausnahmezustand an der Grenze zu Belarus bewilligt[34] und entschlossen, 400 Mio. USD für die Konstruktion der Mauer zu investieren. Aktuell ist die Situation zwischen Belarus und Polen noch alarmierend (besonders nach dem 8. November, als tausende Migranten aus Belarus an die polnische Grenze kamen), denn die polnische Regierung hat auch an der Grenze mit Belarus seine Armee aufgestellt, mit der immer noch aktuellen Gefahr, dass die Konfrontation zwischen Polen und Belarus in einem globalen Konflikt zwischen den NATO und der Koalition Belarus-Russland eskalieren könnte.

Das Ziel Lukaschenkos ist, die EU durch Flüchtlinge zu bedrängen, damit die Sanktionen aufgehoben werden können. Diese Idee, die EU zu Verhandlungen zu zwingen, wird er nicht aufgeben, da in der Vergangenheit zum Beispiel an Erdogan gelungen ist, die EU zu überzeugen, seine Regierung wegen der Flüchtlingskrise 2015 ökonomisch zu finanzieren, um syrische Migranten zu stoppen. Aber auch die Instabilität in Länder als Polen und Litauen, die am meistens die belarussische Opposition geholfen haben, zu schaffen, ist der Zweck Lukaschenkos in diesem hybriden Krieg mit der EU. Der belarussische Präsident betonte klar, dass Belarus wegen der westlichen Maßnahmen keine Kraft und finanzielle Möglichkeit mehr hat, die Migranten, die nach einer besseren Zukunft in Europa suchen, anzuhalten. Da auch die Blockade für Belavia gab, in den europäischen Staaten zu fliegen, musste die nationale belarussische Fluggesellschaft ihren Kurs modifizieren, mit dem Resultat mehr Flüge in arabischen Länder, wie im Irak, in der Türkei, Syrien und Ägypten, zu organisieren. Diese Routen werden genauso von Migranten benutzt, über Belarus nach der EU zu flüchten. Die Flüchtlinge wollen aber Deutschland erreichen (im Oktober kamen mehr als 5000 Migranten aus dem Nahen Osten über Belarus nach Deutschland). Deshalb wurde nach dem EU-Treffen im Oktober 2021 entschieden, Polen ökonomisch in dem Kampf gegen Migranten zu helfen. Der Ministerpräsident von Sachsen, Michael Kretschmer, forderte dazu Zäune und Mauern gegen Andrang von Flüchtlingen. Dafür muss die EU und im Fall direkt Deutschland die europäischen belarussischen Nachbarländern Litauen, Lettland aber vor allem Polen

[32] Ibid.
[33] Pallokat Jan (2021): *„Mehrere Flüchtlinge sterben in Grenzregion."* in Tagensschau. 20.9.2021 https://www.tagesschau.de/ausland/europa/polen-belarus-121.html (26.10.2021).
[34] Euronews (2021): *„Migrationsdruck aus Belarus - Polen bleibt bei Ausnahmezustand". 7.9.2021,* https://de.euronews.com/2021/09/06/migrationsdruck-aus-belarus-polen-bleibt-bei-ausnahmezustand (26.10.2021).

ökonomisch unterstützen, um die irreguläre Migration aufzuhalten[35]. Auch die Idee, die deutsch-polnischen Grenzen zu patrouillieren oder zu schließen wäre eine mögliche Option, um den Strom vom Migranten nach Deutschland aufzuhalten.

Die Migrantenkrise kann jedoch nur durch den Dialog zwischen den europäischen Behörden und Lukaschenko aufgelöst werden. In einem telefonischen Gespräch am 10. November zwischen Putin und Merkel wurde vom russischen Präsidenten angeboten, direkt mit Minsk zu reden, um eine Lösung zu finden. Gleicher Meinung wurde vom den russischen Außenminister Lawrow geäußert: *„Belarus hat wiederholt angeboten, Konsultationen abzuhalten, zu verhandeln und diese Fragen auf der Grundlage des Völkerrechts zu lösen. [...] Es gibt keinen anderen Ausweg, als zu reden und auf der Grundlage echter Fakten festzustellen, was wirklich passiert ist[36]".* Die ersten positiven Signale kamen am 14.11.2021 mit dem Gespräch zwischen dem Außenminister Belarus Vladimir Makei und Josep Borrell und mit dem Anruf zwischen Putin und Macron. Am 15.11.2021 rief Angela Merkel den belarussischen Präsident, um eine gemeinsame Lösung für die Flüchtlinge zu finden[37]. Ein zweiter Anruf zwischen der Bundeskanzlerin und dem belarussischen Präsidenten wurde aber aus der polnischen Seite stark kritisiert, weil es indirekt die Legitimität Lukaschenkos bestätigte – obwohl Merkel betonte, dass das Gespräch nur auf die humanitäre Versorgung und Rückkehrmöglichkeiten der betroffenen Menschen ausgerichtet wurde[38]. Die Mediation der Bundeskanzlerin war aber trotz der Kritiken der polnischen Regierung die richtige Entscheidung, um die Eskalation der Krise in einen bewaffneten Konflikt zwischen Polen und Belarus zu vermeiden.

Die EU wird trotzdem noch mit der Strategie der Sanktionen fortsetzen, die aber die Situation nur kaum ändern wird, ohne dass eine reale Lösung für die Migrantenkrise aber auch für die politische Krise von Belarus gefunden werden kann. Als Antwort auf die neuen Sanktionen gegen die Migrantenkrise hat Lukaschenko noch einen Trumpf in seiner Hand: die Gaslieferung durch die russisch-europäischen Pipeline Jamal-Europa zu stoppen, mit der Schaffung in der EU nach der Migrantenkrise auch einer energetischen Krise, welche noch mehr die EU destabilisieren wird. Hypothetisch könnte Lukaschenko ja als Transitland die Gasversorgung in Richtung EU unterbrechen, aber das würde Schwierigkeiten in der Beziehung mit Russland schaffen, weil der russische Präsident nicht tolerieren würde, seine wirtschaftliche Beziehung mit der EU wegen des geopolitischen Spiels Minsk-Brüssel zu gefährden.

---

[35] Der Tagesspiegel (2021): *„Kretschmer fordert Zäune und Mauern gegen Andrang von Flüchtlingen."* 26.10.2021 https://www.tagesspiegel.de/politik/eu-aussengrenze-zu-belarus-kretschmer-fordert-zaeune-und-mauern-gegen-andrang-von-fluechtlingen/27741194.html (28.10.2021).

[36] Cf. Radyjo Svaboda (2021): *„Ministar zamiežnych spraŭ Rasiei Laŭroŭ: «Mihracyjny kryzis pavinien vyrašacca praz dyjalioh»"*. 10.11.2021 https://www.svaboda.org/a/31554685.html (11.11.2021).

[37] Belta (2021): *„Vnes predlozheniye po razvyazke situatsii. Lukashenko raskryl detali razgovora s Merkel".* 16.11.2021 https://www.belta.by/president/view/vnes-predlozhenie-po-razvjazke-situatsii-lukashenko-raskryl-detali-razgovora-s-merkel-469777-2021/ (16.11.2021).

[38] Tagesschau (2021): *„Sonderflug bringt Migranten zurück".* 18.11.2021, https://www.tagesschau.de/ausland/europa/rueckflug-migranten-belarus-polen-101.html (19.11.2021).

VI. Schlussbetrachtungen

Obzwar die Proteste wegen der Repression des Regimes praktisch nicht mehr merklich im Land sind, bleibt noch in der Gesellschaft die Überzeugung, dass eine demokratische Transformation doch möglich sei. Die staatliche Propaganda versucht aber die Aktionen der Europäischen Union und der gefluchten Opposition zu deskreditieren, mit der Denomination für die Opposition von *„Feind des belarussischen Volks"*, da sie Sanktionen gegen die gleiche belarussische Bevölkerung angefragt haben.

In dieser turbulenten politischen Lage ist der prinzipielle Zweck der Lukaschenkos Strategie den *Status Quo* im Land zu behalten, ohne geopolitische Erschütterungen in den internationalen Allianzen. Dafür hob der Präsident am Ende Oktober 2021 hervor, dass es heutig notwendig ist, die präsente schwierige Zeit zu überstehen und zu überleben, um das Land in einem stabilen Stand für die zukünftigen Generationen zu halten: *„Wenn wir diese Zeit nicht überleben, überleben wir nicht. [...] Die Frage heute dreht sich nicht um mich und nicht um Lukaschenkos Machterhalt. Das ist nicht der Punkt. Die Frage heute dreht sich um unsere Kinder und unser Stück Land auf die wir leben*[39]*"*.

In dem aktuellen Konflikt mit dem Westen ist es auch wahr, dass bisher die wirtschaftlichen Sanktionen kein reales Ergebnis produziert haben. Im Gegensatz ist die Repression des Regimes gesteigert, mit der völligen Vernichtung der Oppositionstätigkeiten im Land. Das macht genauso das Spiel von Lukaschenko, um an der Macht noch lang zu bleiben. Deshalb scheint der Mittel des Westens, noch mit wirtschaftlichen Maßnahmen zu versuchen, sein Kabinett zu destabilisieren, der falsche Weg, um die Krise zu lösen. Es wäre sicherlich besser, einen Dialog mit dem belarussischen Führer zu beginnen, der dagegen mehr positive Ergebnisse schaffen würde.

Ein Dialog mit der EU würde auch für Lukaschenko positiv sein. In der Tat, wenngleich er betont hat, dass Belarus die EU nicht braucht, ist diese Thesis nicht wahrhaftig: die EU war bis 2020 der zweite ökonomische Partner Belarus; aber stellt diese Bejahung nur seine Strategie in der Medienpropaganda dar, um seine Autorität über die Gesellschaft nicht zu verlieren. In diesem Kontext von Repression und hybriden Angriffe wollen die europäischen Nachbarländer mit dem aktuellen Präsidenten Belarus keine diplomatische Interaktion mehr führen. Das hat die negative Wirkung, dass die innere politische Instabilität Belarus auch geopolitische Probleme schafft: 1) Migrantenkrise; 2) Kostenerhörung für die Importe aus Belarus für die europäischen Staaten (besonders wegen der aktuellen Erhöhung des Gaspreises für die EU); 3) wenige Nachhaltigkeit und mehr Konsum für die europäischen Flugzeugen die nicht den Luftraum von Belarus überfliegen wollen; und 4) wirtschaftliche Blockade für Belarus in Richtung Westen, mit der folglich Beschädigung der Innerwirtschaft und der Lebensbedingungen der Belarussen – etwas das in Wirklichkeit die EU vermeiden wollte.

[39] Cf. Belta (2021): *„Dopros s pristrastiyem i otvet na obvineniya v kovid-dissidentstve. Glavnoye iz zayavleniy Lukashenko v Lide"*. 26.10.2021 https://www.belta.by/president/view/dopros-s-pristrastiem-i-otvet-na-obvinenija-v-kovid-dissidentstve-glavnoe-iz-zajavlenij-lukashenko-v-466467-2021/ (28.10.2021).

Dieser Gedankengang ist eine Bestätigung, dass der kalte Krieg zwischen Belarus und der EU für beide Seiten nicht profitabel ist. Lukaschenko kann ja andere Märkte finden, aber die südamerikanischen oder asiatischen Märkte können nicht den Handel mit der Europäischen Union ersetzen. Auch für die EU, die Kontakte mit Belarus, die *Brücke* zwischen Ost und West, zu verlieren, wäre nicht ideal, da dieser Konflikt Minsk schon mehr näher an Moskau durch die Staatunion herangestellt hat. Außerdem, um die Migrantenkrise zu beenden, braucht Brüssel unbedingt einen Dialog mit Lukaschenko, welcher auch positiv beintragen könnte, die Repression im Land zu beenden.

Ökonomisch, trotz der Sanktionen und der Migrantenkrise, bleibt noch eine minimale wirtschaftliche Beziehung zwischen Belarus und der EU, welche aber sich im Laufe der Zeit und mit neuen Paketen von Sanktionen verurteilt ist, sich komplett zu ruinieren. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Interaktion wird die Armut im Land verstärken mit dem Resultat, dass Minsk noch mehr Hilfe an Moskau fragen wird. Dementsprechend wird es bedeuten, dass Belarus immer noch mehr Souveränität gegenüber Russland verlieren wird.

Angesichts dieses Aspekts, die Elemente, die der belarussischen Opposition bis jetzt fehlen, sind ein politisches Programm und eine klare Aufstellung in dem geopolitischen Schatzamt, welche die Belarussen aber auch die russische Regierung überzeugen könnten, dass nach Lukaschenko Belarus nicht völlig zusammenbrechen wird und dass sich der Kreml auf den neuen belarussischen Führer im Rahmen der existierenden politischen Partnerschaft vertrauen kann. Es ist aber der Opposition in dieser ungewissen Lage noch nicht möglich, eine klare Aufstellung zugunsten Russland oder der EU zu äußern, denn die westlichen Länder, wie Polen und Litauen, die seit dem Anfang der politischen Krise die belarussischen Dissidenten geholfen haben, werden nicht tolerieren, eine hypothetische Entscheidung Tichanowskaja, ein Bündnis mit Putin zu schließen. Gleich geht für die russische Führung die nicht akzeptieren wird, dass der neue Präsident Belarus eine Allianz mit dem Feind, die EU, haben wird. Dieser Stillstand ist noch ein Beweis, wie aktuell kompliziert ist, eine Kompromisslösung in dem Konflikt zwischen der Opposition und der offiziellen belarussischen Regierung zu finden. Die Opposition könnte aber eine dezisive Rolle in der Krise spielen, wenn sie durch die europäischen Behörden versuchen würden, nicht immer die Situation im Land wegen des Kampfs mit Lukaschenko durch die Anfrage nach neuen Sanktionen zu beeinträchtigen, sondern einen ruhigen Dialog mit der belarussischen Regierung einzuleiten, der zu einem Machtwechsel und zu einer demokratischen Transformation des Lands positiv beitragen könnte.

©Ostinstitut Wismar, 2021
Alle Rechte vorbehalten
Der Beitrag gibt die Auffassung des Autors wieder

Redaktion:
Prof. Dr. Otto Luchterhandt,
Dimitri Olejnik,
Dr. Hans-Joachim Schramm
Prof. Dr. Andreas Steininger

Ostinstitut Wismar
Philipp-Müller-Straße 14
23966 Wismar
Tel +49 3841 753 75 17
Fax +49 3841 753 71 31
office@ostinstitut.de
www.ostinstitut.de

ISSN: 2366-2751